

Bezugsgebühr:

Electrographie 2 Mk. 10 Pf. 1000

Per Post 1 Mk.

Die "Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich zweimal; die Zeitung in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zeitung durch eigene Postsorten ausserordentlich schnell erhalten wird. Sowohl am Montagmorgen, als auch am Sonn- oder Dienstagmorgen, in zwei Abendposten, Abends und Morgenzeitungen.

Der nächste einflussreiche Schriftsteller kann bestimmt werden.

Berichtszeitung:

Mittwoch 1 Uhr, 11 Uhr, 2000.

Telegramm-Adresse:

Nachrichten Dresden.

# Dresdner Nachrichten

Lobeck & Co.  
Hausiererhaus Nr. 10. Majestät des Königs von Sachsen.  
Chocoladen, Cacaos, Desserts.  
Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Gegründet 1856

R. Beyer, Papier-Gross-Handlung.

Dresden-A. Am See 16.

Reichliches Lager aller Arten Papiere. Pappen etc. für allgemeinen Bedarf.  
Alle Anforderungen unverzüglich prompt und billigst. Um Einholung  
von Offerten und Kalkulationen wird gebeten.

Billigste Preise. — Tadellose und schnellste Lieferung.



Karl Niedermann, Ladibarit, gegr. 1833.  
Weltausstellung Paris 1900 Goldene Medaille.  
Mohn-, Blau-, Kopal-, Camom-Lade. Elektrive  
und Spiritus-Lade, sowie als Spezialitäten:  
Benzin-Lade und Emailleglasur-Laschen.  
Marienstr. 10, Altmühlstr. 18, Goldauer Str. 52.  
Heimrichstraße (Stadt Görlitz).

Haupt-Geschäftsstelle:  
Marienstr. 38.

## Anzeigen-Carif.

Die Nachahme von Illustrationen erfolgt in der Hauptredaktion und den Nebenredaktionen in Dresden bis Mittwochmorgen 3 Uhr. Sonn- und Dienstag nur Sonntagsausgabe ab 11 bis 12 Uhr. Die einzelne Nummer (ca. 8 Seiten) kostet 10 Pf. Ausführungen auf der Innenseite Seite 20 bis 25 Pf. Die doppelte Seite 20 bis 25 Pf. „Geschenkt“ aber auf Innenseite 10 Pf.

Die Nummern von Sonn- und Dienstagen 1. bis 10 Pf. Zehntausend Stück.

Einzelblätter werden mit 10 Pf. berechnet.

Größtes und feinstes Spielwaren-Haus

32 Pragerstr. B. A. Müller Pragerstr. 32

Oster-Ausstellung.

Fabrik-Lager: Richter's Anker-Steinbacken.

## Lodenjuppen, Mäntel, Lodenhüte, Touristen-Artikel.

Während des Laden-Umbaues befindet sich mein Geschäft Schlossstrasse No. 17, 1. Etage. Jos. Flechl aus Tirol.

Mr. 81. Spiegel: Aenderung des Wahlrechts. Hohnochrichten, Palmblattung, Stellenvermittlung, Landtags-Mathematik. Witterung: Wühl, sehr veränderlich. Sonntag, 23. März 1902.

Mit dem 1. April beginnt die  
Bezugszeit auf das zweite Vierteljahr 1902  
Der Bezugspreis für Dresden und die Vororte  
Blasewitz, Löbtau, Plauen und Trachau beträgt bei  
Zustellung durch unsere Boten

2 Mark 50 Pf.

Eine Erneuerung der Bestellung seitens der bisherigen  
Besitzer ist nicht erforderlich, da die "Dresdner Nachrichten"  
ohne Unterbrechung weiter geliefert werden.

Die "Dresdner Nachrichten" sind das einzige Blatt in  
Dresden, welches in Dresden und den Vororten

täglich zwei Mal  
erscheint. Kein anderes Dresden Blatt ist daher im Stande,  
seine Leser über alle wichtigen Vorgänge gleich

schnell zu unterrichten.

Geschäftsstelle der "Dresdner Nachrichten"  
Marienstraße 38.

Annahmestellen für Anzeigen u. Bezugsbestellungen:

Große Klosterstraße 5, Johannes Päßler;

Cüberplan 3 } Karl Bielich;

Prinzenstraße 2 } Heinrich Gilbers;

Königstraße 39, Albert Kauf;

Ecke Pillnitzer- und Albrechtstraße, Edmund Hundorf;

Sachsen-Allee 10, Edmund Hundorf;

Zöllnerstraße 12 (Ecke Striesenstraße), Max Röhl;

Ulandstraße 17, Otto Bischoff;

Schäferstraße 65, Gustav Seyler;

in Vorstadt Pieschen: Bürgerstraße 44, Oswald Funke;

Striesen: Eisergergerstraße 7, G. Pilz;

Wittenbergerstraße 33, Marie

Reichel, Richter.

Trachenberge (und Trachau): Großen-

häuserstraße 114, A. und A. Maria Nach;

Blasewitz: Tolleswitzerstraße 2, Heinrich Viebling;

Löbtau: Wilsdrufferstraße 4, A. Göge;

Plauen: Kirschstraße 31, Arthur Schmidt;

Aleitha Matthes;

in Kötzschenbroda: Meißnerstraße 51, Cigarettenhaus

Hugo Möller;

in Loschwitz: Dresdenstraße, Otto Jansen;

Langenberg: Bei der neuen Schule, Otto Jansen;

Mügeln: Hermannstraße 4, Paul Thiele;

Pötschappel: Dresdenstraße 13, C. Engelmann

Nach. (A. Hans Edhardt);

Nadeberg: Markt 18, Otto Jansen;

Nadeben: Bahnhofstraße 7, Karl Freund;

Tharandt: Wilsdrufferstraße 31b, Eduard

Detlefson.

Wilsdruff: Königstraße 1, Ecke Königstraße,

Dorothea Stefan Idet.

für Coschütz und Weißer Hirsch: in Coschütz,

Friedrich-Wieckstraße 4, A. Troger.

Die Bestrebungen zur Reform des sächsischen  
Landtagswahlrechts.

Selt der verhältnismäßig kurze Erprobungszeit, die dem neuen sächsischen Landtagswahlrecht bis jetzt beiderhand gewesen ist — im nächsten Jahre wird es das vierte Mal werden, dass die Wahlen nach dem neuen Modus stattfinden —, haben eigentlich die Erörterungen über die Möglichkeit und Nöthlichkeit einer übermaligen Reform und die Änderungen, dass eine solche von den maßgebenden Kreisen erwogen werde, gar nicht aufgehört. Neuerdings sind wieder verschiedene Petitionen an den Landtag gelangt, in denen dieselbe Gegenstand behandelt wird. Diese Petitionen geben aus von dem Chemnitzer Hausbesitzerverein, dem sich mehrere andere Hausbesitzervereine angegeschlossen haben, von den südlichen Kollegen in Bautzen, sowie von den Sozialdemokraten Sindermann und Ihme und sind bereits in der zufälligen Deputation beraten worden. Alle diese Petitionen und Anregungen zu einer Reform des geltenden Landtagswahlrechts gewinnen gerade dadurch, dass sie von so verschiedenen Seiten ausgehen, eine besondere symptomatische Bedeutung. Sie zeigen, dass die Überzeugung von dem Vorhandensein gewisser Mängel und Schattenseiten in dem gegenwärtigen Wahlrecht in der Tiefe der Volksseele wurzelt, und wollen deshalb von allen einschlägigen Politikern unserer engeren Heimat ebenso wohl wie von den regierenden Stellen, als Stimmenausdruck der öffentlichen Meinung wohl beachtet sein. Es erscheint sogar im allgemeinen Interesse wünschenswert, dass die Ständeversammlung als die beruhenden Vertretungsgremien des sächsischen Volkes irgendwelchen gegebenen Anlass wie beispielweise die erwähnten Petitionen benutzen möchtest, um ihrerseits zu der Frage Stellung zu nehmen.

Das alte sächsische Landtagswahlrecht ehrwürdigem Angedenkens beruhte auf einem Fehlschlag, d. h. es durfte nur Personen mitwählen, die einen gewissen geringen Mindestsalz an Sternen zählten,

war aber sonst direkt, geheim und gleich. Unter der heutigen doppelten Wahlrechtslage hat sich allmählich eine immer bedeutsamer sich gehaltende sozialdemokratische Beleidigung der Verhandlungen herangebildet. Die Fraktion der Sozialdemokraten wuchs ständig an Mitgliederzahl und ihre Angehörigen, statt sich einfach zu bemühen, an einer sachlichen Erledigung der Arbeiten des Landtags auf der Grundlage der bestehenden Gesellschaftsordnung mitzuwirken, benutzten vielmehr jede Gelegenheit, um agitatorische Redenreden in der Zweiten Kammer zu halten und den Ton der radikalen Volksversammlungen in unserem sächsischen Parlament heimlich zu machen. Von Jahr zu Jahr erregten diese Verhältnisse die Sorge der ordnungsparteilichen Abgeordneten in steigendem Maße. Man konnte sich der Belästigung nicht entziehen, dass je länger desto mehr der Horizontland des alten Wahlrechts einen hämischen parlamentarischen Terrorismus der Sozialdemokratie anbahnen werde, der die gesetzliche Führung der Regierung wesentlich erschweren und die erfolgreiche ungestoppte Erledigung der großen geschieberrischen Aufgaben behindern würde. Das Wahlrecht wurde endlich voll bis zum Überlaufen, als die sozialdemokratischen Abgeordneten, ungewarnt durch alle Weiterzeichner, wiederholt mit provokatorischen Anträgen auf Einführung eines völlig radikalisierten Wahlrechts für den Landtag nach reichsähnlichem Muster in der Kammer beworbenen. Das schweigte die genannte ordnungsparteiliche Mehrheit mit einem Schlag zu einer energischen Gegenaction zusammen, deren von den Sozialdemokraten gänzlich unerwarteter Erfolg die gleiche Einführung des indirekten Dreiklassenwahlrechts war. So schaffte der Peil, den die Sozialdemokratie auf die Ordnungsparteien abgeschossen hatte, auf den Schädel selbst zurück, und riss schwer die von ihm verursachte Wunde, denn es bestand die Thatache, dass heute bereits sein einziger Vertreter jener Partei nicht im Landtage zu finden ist.

Die hier kurz skizzierte Entwickelungsgeschichte des jetzigen Wahlrechts lässt keinen Zweifel darüber, dass die Mehrheit, die das Gesetz beschloss, unter dem Einfluss der unabdingten politischen Notwendigkeit eines solchen, zielbewussten, entschlossenen Handels gestanden hat, das seine Zeit zu übermäßig langen Besinnungen überließ. Um so weniger darf es übersehen, wenn nachträglich mancherlei nicht unerhebliche Gesichtspunkte hervortreten, die auf eine Verbesserung des geltenden Wahlrechts hinweisen. Wie das freilich im Einzelnen auszuläufen sei, darüber sind die Meinungen recht geteilt. Wie die Petition der Hausbesitzer sich die Sache denkt, geht es jedenfalls nicht; so viel ist sicher. Von der Regierung eine Vermehrung der Wahlkreise zu verlangen, bloss damit mehr Hausbesitzern in der Kammer Gelegenheit gegeben werde, die besonderen Interessen ihrer Kategorie zu vertreten, das istchiafz also weit über das Ziel hinaus als dass ein solcher Vorschlag ernst genommen werden könnte. Auch würde ja eine solche Regelung lediglich den Großstädten zu Gute kommen und dazu würden die Vertreter der ländlichen Wahlkreise nicht die Hand bieten. Wohl aber muss angestanden werden, dass sich das Verhältnis zwischen Stadt und Land in den letzten Jahrzehnten wesentlich verschoben hat und man wird deshalb in Regierungsschriften auf die Tatsache nicht an einer gleichmäßigeren einheitlich geregelten Verteilung der städtischen und der ländlichen Wahlkreise vorbereiteten. Auf dieser Grundlage hant sich die Petition des Bautzener Stadtväters auf. Die sozialdemokratische Petition äußert, wie wohl von vornherein nicht anders zu erwarten war, den Wunsch nach Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts, greift also auf eben das Projekt zurück, dessen provokatorische Ausbeutung gerade zu dem jetzigen Wahlrecht den Anfang geboten hat. Etwas scheint indessen die Sozialdemokratie aus dem damaligen Schlag doch gelernt zu haben; wenigstens muss festgestellt werden, dass die Petition sich im Allgemeinen einer unvermeidbaren Möglichkeit zu befreitigen sucht und gegen sonstige Ergebnisse von jener Seite nicht unverhüthbar absticht. Darüber, dass dieser Weg nicht gangbar ist, braucht wohl kein Wort weiter verloren zu werden. Im Übrigen ist er auch keineswegs die unumgängliche Voraussetzung einer Rückkehr von Arbeiterverteilern in's Parlament. Am förderlichsten für die öffentliche Wohlfahrt wäre es ja entschieden, wenn es gelänge, auf Grund des jetzigen Wahlrechts wichtige Arbeiterverteilte ohne sozialdemokratische Parteiliegenschaft in die Zweite Kammer hinein zu bringen. Sollte das aber ein frommer Wunsch bleiben, wie ordnungsparteiliche Stifter überzeugt sind, so erfordert doch die Möglichkeit, dass bei späteren Wahlen nach dem jetzigen System der eine oder andere Sozialdemokrat in den Landtag wieder einzieht, nach der Meinung hervorragender ordnungsparteilicher Parlamentarier keineswegs ausgeschlossen. Aus dem Verhalten der Sozialdemokratie, die sich allmählich zu der zweitenschafft abgelehnten Wahlberechtigung unter dem neuen Wahlrecht belebt hat, lässt sich sogar der Schluss ziehen, dass diese selbst mit der Erwartung rechnet, früher oder später vereinzelt ihrer Anhänger bei den Wahlen zum Siege zu verhelfen. Unter diesen Umständen aber dürfen die Sozialdemokraten hoffen, dass der Landtag sich jemals bereit finden werde, das Wahlrecht einschließlich im Sinne von Herrn Sindermann und Genossen abzuländern.

Die Dampfschiffe bei der ganzen Flotte ist und bleibt jedoch die, welche standpunkt die Regierung zur Sache einnimmt. Nach unseren Informationen verkennt die Regierung nicht, dass die Vertretung, die gegenwärtig in der Zweiten Kammer

Neueste Drahtmeldung vom 22. März.

(Nächst eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Prinz und Prinzessin Heinrich werden das Elternamt am großherzoglichen Hofe in Darmstadt verleben. Prinzessin Heinrich wird auf der Reise nach Darmstadt einen Witwer nach Dresden unternehmen, um ihrem auf dem Weißen Thron zur Kur weilenden ältesten Sohn einen Brücke abzustellen. Das Herrenhaus nahm heute unter Änderung des Gelegenheitswurfs betreffend die Bewilligung weiterer Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsvorbedingungen von Arbeitern in staatlichen Betrieben und von Unterbeamten an. Oberbürgermeister Strudmann wünschte, dass die Bauten nicht an Generalunternehmer vergeben, sondern direkt mit den Handwerkern verhandelt werden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Um der Meinung vorzubereiten, dass etwa die neuesten Ausschreibungen politischer Studenten auf eigenmächtigem Vorgehen und vielleicht auf Missgriffen untergeordneter Organe beruhen, kann die "National-Zeitung" mitteilen, dass diese Ausschreibungen tatsächlich einer allgemeinen Anordnung des Reichskanzlers entsprechen, die in Deutschland durch ausländische Polen betriebene propagandistische Anstrengungen zu verfolgen und mit der gebotenen Energie zu bekämpfen. — Aus einer angeblich gewöhnlich gut unterrichteten Quelle weiß "Daily Express" zu melden, zwischen Deutschland und Österreich sei ein Sonderbündnis für bestimmte Zwecke bereits abgeschlossen worden, oder in der Schweiz ist eine Verbindung der französisch-italienischen Beziehungen, die Verhinderung der französisch-italienischen Beziehungen, die den Verhältnissen nach den Freibund derartig gefährdet, dass König Wilhelm ein eingesetztes und zuverlässiges Bündnis sucht. Das deutsch-österreichische Abkommen wurde für den Fall in Kraft treten, dass Frankreich und Russland die Stellung Deutschlands in China zu schädigen suchen. Die "Berl. Neueste Räder" bemerken dazu: Die ganze Nachricht ist selbstverständlich nichts als ein großer Schwindel, der der Niedermann klar zu Tage liegt. Der Fall eines gemeinsamen Angriffs Frankreichs und Russlands gegen Deutschland ist bekanntlich im deutsch-österreichischen Vertrag von 1870 als casus foederis vorgesehen, die österreichischen Interessen Deutschlands aber sind durch die bekannten Verabredungen anstreitig geblieben, eine Thatsache, auf der auch durch die jüngsten österreichischen Gruppierungen nicht Allerniedrigste geändert wird.

Hamburg. (Priv.-Tel.) Hier verlautet, die neuen Bahnfahrt-Aktien wurden mit 100 Prozent übernommen und sollen zu 104 Prozent emittiert werden.

Bremen. Auf der Versammlung der Aktiengesellschaft "Westf. Eisenbahn" heute Nachmittag 3 Uhr der kleine Kreuzer "G" gleichzeitig vom Stapel. Den Taufakt vollzog auf Reich des Sohnes des Generaldirektors von Hannover und Vorsitzenden des Börsenländerischen Frauenvereins der Provinz Hannover, Gräfin Stoßberg-Bernigeroode, die das Schiff auf den Namen "Frauenkreuz" tauft.

Hannover. (Priv.-Tel.) Am heutigen Termin vor dem Landgericht betreffend die Protestklage eines Allianz gegen den Befehl der Generalverwaltung des nordwestdeutschen Gewerkschaftsbunds vom 4. Januar gegen Ausübung des Syndikats wurde die Protestklage bestens abgewiehen.

Dortmund. (Priv.-Tel.) Der Rhein-Westf. Arbeiterszeitung aufgezogen, dass seit jezt auf 35 Jahren 1870 Bergarbeiter entlassen. Einige Gedanken gehen darauf, dass der Betrieb vom 1. April ab auf ein Drittel beschrankt werde, wobei die Schichten der Tagekarreiter auf 10 Stunden verlängert werden. Arbeitende Gedanken sind gleichzeitig den Arbeitern zum 1. April ihre Wohnung. Werden sie eine Belegschaftsversammlung der Betriebe Hasemann statt, der demnächst weitere folgen sollen.

Braunschweig. (Priv.-Tel.) Die Einleitung eines Disziplinarverfahrens auf Amtsentscheidung gegen Bistro-Betreiber wegen seiner Welfenrede wurde abgelehnt und nur auf Verweis und Geldstrafe erkannt.